



Foto: modular

Provokante Plakate warben im Frühsommer – hier in Hamburg – für eigene Schulbücher.

„Eigener Kopf. Eigenes Schulbuch“

(hei). In immer mehr Bundesländern wird die Lernmittelfreiheit abgeschafft. Schüler können Schulbücher und andere Lernmittel künftig nicht mehr kostenlos ausleihen, sondern müssen sie kostenpflichtig mieten oder selbst kaufen. Dabei gibt es gute Gründe, die für das eigene Schulbuch sprechen. Der Verband der Schulbuchverlage VdS Bildungsmedien hat dazu im Juni dieses Jahres eine Kampagne unter dem Motto „Eigener Kopf. Eigenes Schulbuch“ gestartet.

Die Schulbuchausstattung der Schulen ist desolat: In den letzten 15 Jahren wurden die Lernmittelausgaben der Länder und Kommunen bundesweit von 400 auf 245 Millionen Euro gekürzt. Die Folge sind Schulbuch-Leihzeiten, die im Bundesmittel bei neun Jahren liegen. Mit so alten Büchern können die nach PISA eingeleiteten Bildungsreformen nicht umgesetzt werden. Seit 2003 – dem Zeitpunkt, zu dem die Finanzkrise der öffentlichen Hand mit den Bildungsreformen nach PISA zusammentraf – vollzieht sich deshalb bei der Lernmittelfreiheit eine Trendwende: Zunächst führten die Länder Berlin und NRW 2003 bedeutsame Elternbeteiligungen ein. 2004 beschränkte Niedersachsen die Lernmittelfreiheit auf Sozialhilfeempfänger. 2005 werden Bayern, Hamburg und Thüringen die Lernmittelfreiheit ebenfalls einschränken oder ganz abschaffen. Andere Bundesländer wollen diesen Beispielen folgen.

Kampagne mit großer Resonanz

„Wissen ist käuflich“, „Eigene Schulbücher wirken schneller“ oder „Wertpapier mit garantiertem Gewinn“ lauten die Sprüche auf provokanten Plakaten, die an eine Zigaretten-Werbung erinnern. Die Plakate des VdS Bildungsmedien sind vielen aufgefallen: Die Homepage www.eigenes-schulbuch.de verzeichnete in den ersten drei Wochen der Kampagne bereits mehr als 2500 Visits, rund 100 Personen meldeten sich über die dort eingerichtete Kommentierungsfunktion oder griffen zum Telefon. Die überwiegen-

de Mehrheit der Kommentare kam aus Hamburg: In der Hansestadt ärgern sich Eltern und Schüler besonders darüber, dass sie künftig für Schulbücher bezahlen sollen.

Viele lehnen die Aktion ab, weil sie der Meinung sind, dass sowohl die Bildungskosten als auch die Ausgaben für Schulbücher vom Staat getragen werden sollten. Einige begrüßten die Aktion aber auch und kommentierten konstruktiv.

Auch die Kampagne selbst gab Anlass zu Kritik: Durch die Anlehnung an eine Zigarettenwerbung und die redaktionelle Nutzung der Warnhinweise der EU-Gesundheitsminister, würden diese Hinweise ins Lächerliche gezogen. „Die Kampagne sollte vor allem provozieren und auffallen und dadurch zum Nachdenken über den Eigenkauf von Schulbüchern anregen“, erklärt Rino Mikulic vom VdS Bildungsmedien die Gestaltung. „Auf Grund der zum Teil sehr hitzigen Kommentare und Anrufe, die wir erhalten haben, können wir davon ausgehen, dass dieses Ziel erreicht ist.“

Warum eigene Schulbücher?

Schulbücher sind die Leitmedien des Unterrichts, deren Bedeutung gerade in Reformzeiten sehr groß ist. Es gibt sowohl pädagogische als auch didaktische Gründe, die für ein eigenes Schulbuch sprechen. Im eigenen Schulbuch können Anmerkungen notiert und Textstellen markiert werden. Da-

durch können Schüler Texte selbstständig erarbeiten und so eine der Schlüsselqualifikationen erlangen. In Ausleih- oder Mietbüchern sind Notizen und Unterstreichungen verboten. Ein weiterer Vorteil eigener Schulbücher ist, dass in späteren Schuljahren alter Stoff nachgeschlagen und wiederholt werden kann.

Auch die Aktualität der Schulbücher spielt eine wichtige Rolle, wie die Aktion „Ranziges raus“, die der Ernst Klett Verlag im vergangenen Jahr durchgeführt hat, zeigte: Da waren Musikbücher aus den 1970er-Jahren im Einsatz oder Geografiebücher, in denen die Mauer Berlin noch teilte. Zeitgemäßes Wissen kann so nicht vermittelt werden.

Schulbücher relativ kostengünstig

Schulbücher sind heute meistens vierfarbig illustrierte Lehrwerke mit hohem Bildanteil und strapazierfähiger Bindung. 2004 kostete ein Schulbuch im Schnitt 13,73 Euro. Ähnlich aufwändig gestaltete Buchtypen kosten fast das Doppelte: ein Sachbuch für Politik 26,57 Euro, ein rechtskundliches Fachbuch sogar 46,94 Euro.

Die gesamten Schulbuchkosten, die innerhalb eines Schuljahrs auf eine Familie zukommen, variieren auf Grund von Mehrjahresbänden und neu hinzukommenden Fächern stark. Das Institut für Bildungsmedien (Frankfurt/Main) ermittelte 2002 am Beispiel Hamburg dennoch Durchschnittsbeträge: Für die Grundschule lagen die Schulbuchkosten pro Schüler und Jahr bei 66 Euro, für weiterführende Schulen bei 143 Euro und für die gymnasiale Oberstufe bei 122 Euro. Angesichts der Tatsache, dass die Mietgebühren für Schulbücher bei 30 bis 40 Prozent des Buchneupreises liegen, ist der Kauf eigener Bücher durchaus eine Überlegung wert. Und für Eltern, die es sich finanziell nicht leisten können, ihren Kindern eigene Schulbücher zu kaufen, gibt es in den meisten Bundesländern, die auf Mietsysteme oder Elternkäufe setzen, Sonderregelungen.

Im europäischen Vergleich sind die Bildungsausgaben in Deutschland extrem niedrig: Ihr Anteil an den privaten Konsumausgaben liegt laut Statistischem Bundesamt seit Jahren je nach Haushaltstyp konstant zwischen 0,5% und 1,1%. In absoluten Zahlen heißt das, dass private Haushalte

2003 für Schulbücher bundesweit rund 200 Millionen Euro ausgegeben haben. Zum Vergleich: Allein die Ausgaben für Spielkonsolen-Software sind bundesweit auf 564,34 Millionen Euro gestiegen.

Rückbesinnung auf das Subsidiaritätsprinzip

Neu ist die Idee, dass Eltern ihren Kindern Schulbücher kaufen müssen, nicht: Historisch geht die Lernmittelfreiheit auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zurück. Mit der Weimarer Verfassung wurde das so genannte Subsidiaritätsprinzip eingeführt: Der Staat hilft denjenigen Schülern bei der Lernmittelbeschaffung, für die der Schulbuchkauf zur Bildungshürde werden kann. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Lernmittelfreiheit vor allem auf Druck der Alliierten in fast allen Bundesländern eingeführt. Wegen des Papiermangels in der Nachkriegszeit wurden Schulbücher aber nicht mehr übereignet, sondern nur noch ausgeliehen. Erst in den 1960er- und 70er-Jahren gaben immer mehr Bundesländer das Subsidiaritätsprinzip auf und führten das kostenlose Leihsystem für alle Schüler ein. «

Fazit

Die Abschaffung der Lernmittelfreiheit ist keineswegs nur negativ zu sehen: Wer ein besseres Bildungssystem haben will, sollte erkennen, dass es wichtiger ist, Kindern eigene Schulbücher zu kaufen anstatt das neueste Computerspiel.

Ansprechpartner

Rino Mikulic

VdS Bildungsmedien

Zeppelinallee 33

60325 Frankfurt/Main

Tel: 069-70 30 75 | Fax: 069-70 79 01 69

presse@vds-bildungsmedien.de

Christina Heinisch

Pressereferentin

Ernst Klett Verlag

Rotebühlstraße 77

70178 Stuttgart

Telefon: 07 11-66 72-18 97 | Fax: 07 11-66 72-20 10

Mail: c.heinisch@klett.de | www.klett.de